

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 08.11.2012**

öffentlich

**Ort: SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH
Zur Saaleaue 51 A,
06122 Halle**

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU Vertretung für Herrn Hildebrandt
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Herr Nico Teschner	Bereichsleiter Jobcenter Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Jörg Baus	Amtsleiter Sozialamt
Frau Annerose Winter	Ressortleiterin Sozialamt
Frau Dr. Christine Gröger	Amtsleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Dr. Uta Schwarzer	Ressortleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Dezernat IV
Herr Falko Wendler	Ressortleiter Stadtplanung Dezernat II
Frau Kirsch	Quartiersmanagement
Frau Steffi Ackermann	Koordination WABI

Entschuldigt fehlen:

Herr Roland Hildebrandt	CDU vertreten durch Frau Dr. Wünscher
Herr Mamad Mohamad	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin JobcenterHalle
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen

zu 1 Besichtigung des SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH

Die Ausschussmitglieder und Gäste besichtigten das Nachbarschaftszentrum „Pusteblume“ des SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH und bekamen einen optischen Einblick in die vielfältigen Angebote der Einrichtung.

zu 2 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die Mitglieder und Gäste zur heutigen Sitzung.

Sie informierte darüber, dass Herr Beigeordneter Kogge bis 18:00 Uhr an der Sitzung teilnehmen werde und dass vor Beginn der Sitzung die Besichtigung des SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH stattfindet.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, stellte Frau Lindner aus dem Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen als heutige Schriftführerin vor und bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Zustimmung der Aufnahme des Dringlichkeitsantrages „Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle – Vorlage: V/2011/09673“, Vorlage V/2012/11109, auf die Tagesordnung als TOP 6.2

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Besichtigung des SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH
2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Vorstellung des SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH
5. Genehmigung der Niederschrift vom 11.10.2012

6. Beschlussvorlagen
 - 6.1 Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: V/2011/10362
 - 6.2 Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle - Vorlage: V/2011/09673
Vorlage: V/2012/11109
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
10. Mitteilungen
 - 10.1 Mitteilung über die Arbeit des Quartiersmanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Oktober 2011 bis September 2012
Vorlage: V/2012/11061
 - 10.2 Information zur Prüfung der Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge durch das Landesverwaltungsamt
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu 4 Vorstellung des SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH

Die Ausschussvorsitzende begrüßte zu diesem TOP **Herrn Scherschel, Geschäftsführer SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH**, sowie seine Mitarbeiterin und erteilte ihnen das Wort.

Herr Scherschel bedankte sich für die Gelegenheit, den Ausschussmitgliedern einen Einblick in die Arbeit seiner Entwicklungsgesellschaft vor Beginn der Sitzung habe geben zu können.

Seine Mitarbeiterin gab anschließend in einer kurzen Power-Point-Power-Präsentation noch einige Informationen. Für alle Mitglieder des Ausschusses wurde hierzu eine entsprechende Informationsmappe verteilt.

Die Ausschussvorsitzende bedankte sich bei **Herrn Scherschel** und seiner Mitarbeiterin für die interessanten Ausführungen.

zu 5 Genehmigung der Niederschrift vom 11.10.2012

Herr Müller, CDU Fraktion, bat in der Niederschrift vom 11.10.2012 um folgende Änderung:

TOP 7.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe, Vorlage: V/2012/10856, Seite 7, letzter Absatz: „...kostengünstige Zusammenführung von **Sozialeinrichtungen** im Raum Silberhöhe.“

Herr Schachtschneider, CDU Fraktion, bat auch zum TOP 7.1. um Änderung auf Seite 8, 8. Absatz: „Herr Schachtschneider, Fraktion der CDU, sagte, **wir sind die Guten**, auch wenn es nicht so ankam.“

Zum TOP 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen bat er auf Seite 11 um die Änderung, dass Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion, darüber informierte, „dass **mehrere Aushänge im Jobcenter** zu einem Arbeitsangebot mit sittenwidrigem Lohn ausgehängen wurden.“

Mit diesen vorgenannten Änderungen wurde die Niederschrift vom 11.10.2012 bestätigt.

Beschluss: **einstimmig zugestimmt**
 1 Enthaltung

zu 6 Beschlussvorlagen

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, informierte, dass sie sich bezüglich Sachstand zur Abgabe des Votums für anwesende sachkundige Einwohner an den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bartl, betreffend Verfahrensweise gewandt habe. Dessen Antwort liege mit dem Hinweis vor, dass so verfahren werden soll, dass sachkundigen Einwohnern vor jeder Beschlussfassung die Möglichkeit eingeräumt werde, eine abschließende Stimmempfehlung zu äußern (§ 21 Abs. 1 S. 7 der GO).

Herr Müller, CDU Fraktion, sprach sich gegen das Verfahren aus. Die Auslegung des Rechtsamtes sei ziemlich daneben und werde von seiner Fraktion nicht anerkannt. Es solle keine Abstimmung erfolgen, aber jeder könne sein Votum darlegen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erwiderte, wenn die Stadträte damit ein Problem hätten, sollte dies in der Hauptausschusssitzung vorgetragen werden, bevor immer wieder im Ausschuss Zeit damit verwendet wird, um erneut darüber zu diskutieren.

zu 6.1 Berichterstattungen in den Fachausschüssen und im Stadtrat **Vorlage: V/2011/10362**

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass diese Vorlage auf Antrag einer Fraktion zustande gekommen sei. In dieser seien die wesentlichen Berichte der Fachausschüsse und deren Terminisierung enthalten.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, regte an, dass schriftlich vermerkt werden sollte, wenn Berichte nur mündlich vorgetragen werden.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass lt. Geschäftsordnung immer die mündlichen Berichte auch schriftlich vorzulegen sind.

Herr Müller, CDU Fraktion, brachte zum Ausdruck, die Vorlage suggeriere, dass Entscheidungen möglich sind, aber einige Berichte seien gesetzt. Er fragte, warum daraus eine Vorlage erstellt wurde. Sie als Beschlussvorlage zu bezeichnen sei nicht richtig.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf den ursprünglichen Antrag. Hier sollte ein Konzept vorgelegt werden, welches für unschädlich gehalten wird, wenn alle vorgegebenen Bestandteile enthalten sind.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung,

sagte dazu, dass die Berichte eine gesetzliche Grundlage ausweisen. Wünsche der Fraktionen im Nachgang seien problematisch. Günstiger wäre, zentral zusammen zu tragen, was seitens der Fraktionen alles gefordert wird, damit dies bei der Vorlage Berücksichtigung finden kann.

Herr Müller, CDU Fraktion, stellte fest, dass einige Berichte zusammengeführt werden könnten. Als Beispiel nannte er im Sozialausschuss den „Seniorenbericht“ und den Bericht „Älter werden in Halle“ sowie den „Migrationsbericht“ und den Bericht zum „Migrationsatlas“, welche als Änderungsantrag zusammengefasst werden sollten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, bemerkte, dass diese Berichte unterschiedliche Inhalte hätten. Er wird diese Anfrage mitnehmen und an Frau Schneutzer zur Klärung herantragen.

Herr Schachtschneider, CDU Fraktion, bittet, die Berichterstattung der AG Inklusion im Bildungsausschuss auch für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss aufzunehmen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, bestätigte dies; wird von der Verwaltung so übernommen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erwiderte, der Streetworkertätigkeit könne nur anlassbezogen erfolgen. Den Vorschlag der Interkulturellen Öffnung aller 5 Jahre übernehme die Verwaltung. Aber den Bericht über die Lage der Menschen mit geistiger Behinderung sowie Leitbild kulturelle Vielfalt werde die Verwaltung überprüfen.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte die Umsetzung des Leitbildes der Stadt Halle aller zwei Jahre an. Die Berichterstattung Gesundes Städteprojekt solle noch einmal durch die zuständige Mitarbeiterin geprüft werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, entgegnete, dass dieses sich jährlich ändere; er werde diese Anregung aber für die Verwaltung aufnehmen und von Frau Schneutzer prüfen lassen. Betreffend der Projekte „Gesunde Stadt Halle“ und dem Bericht zum „Gesunden Städteprojekt“ sagte **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, eine Auskunft im nächsten Stadtrat zu.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fand es günstig, diese als Informationsvorlage vor dem Stadtrat einzureichen.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wünscht, dass regelmäßig schriftliche Berichterstattungen über wesentliche Bereiche gegeben werden; Probleme aus der Diskussion können nicht nachvollzogen werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung der sachkundigen Einwohner.

Abstimmungsergebnis SKE: 1 Ja-Stimme

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat die Stadträte um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

zu 6.2 Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle - Vorlage: V/2011/09673 Vorlage: V/2012/11109

Frau Dr. Gröger, Amtsleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen, gab Erläuterungen zur Vorlage.

Herr Schachtschneider, CDU Fraktion, machte auf den fehlerhaften Beschlusstext aufmerksam: „Für die Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle (Saale) die Mitwirkung Dritter.“ Dieser Satz sei nicht schlüssig.

Frau Hanna Haupt, SPD Fraktion, klärte auf, dass im Jugendhilfeausschuss am 01.11.2012 der Beschlusstext korrigiert wurde, da dieser fehlerhaft erstellt wurde. Es handele sich nicht um einen geänderten Beschlussvorschlag, sondern um eine Rechtschreibkorrektur.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erklärte, dass die Änderung aus dem Jugendhilfeausschuss so übernommen werde.

Die Fragen von **Herrn Schachtschneider, CDU Fraktion**, ob man für 900 Euro überhaupt ein ordentliches Konzept vorlegen könne, ist die Person entsprechend kompetent und, wenn mehr Geld verfügbar gewesen wäre, wäre dann ein höherer Betrag zum Einsatz gekommen.

Frau Dr. Gröger, Amtsleiterin des Gesundheitsamtes verneinte und erklärte, dass die betreffende Person aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen auf diesem Gebiet kompetent sei, das Konzept zu erstellen. Im Übrigen sei das Geld für Fortbildungen ursprünglich eingeplant gewesen, aber durch Krankheit der Kollegin nicht in Anspruch genommen worden. Somit stehe es hierfür zur Verfügung.

Herrn Schachtschneider, CDU Fraktion, fragte, worauf die Änderung beruhe.

Frau Dr. Gröger, Amtsleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen, antwortete, dass sich die Änderung auf den bereits gefassten Beschluss der FDP beziehe. Der Ursprungsantrag war nicht so formuliert und die finanziellen Mittel waren nicht aufgeführt.

Herr Müller, Fraktion der CDU, bemerkte, dass im FDP-Antrag kostenneutral stehe. Dies müsse aufgehoben werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung der sachkundigen Einwohner.

Abstimmungsergebnis SKE: 3 Ja-Stimmen

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat die Stadträte um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
1 Nein-Stimme
2 Enthaltungen**

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 9 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt als Vertreter des Jobcenters **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, und **Herrn Teschner, Bereichsleiter des Jobcenters**.

Herr Teschner, Bereichsleiter Jobcenter, erläuterte das vorgelegte Zahlenmaterial. Die Statistik wurde den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Bei der Zahl der Arbeitslosen sei ein Rückgang zum Monat September 2012 zu verzeichnen. Dies werde als Erfolg betrachtet. Zum Stand Rückgang Jugendarbeitslosigkeit, Altersgrenze 50 und älter ist insgesamt eine positive Entwicklung zu verzeichnen.

Ergänzend sprach **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, über die aktuelle Entwicklung Bildung und Teilhabe im Rechtskreis des SGB II. Auch diese Unterlagen lagen den Ausschussmitgliedern vor.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bedankte sich bei **Herrn Teschner** und **Frau Grummisch** für die Ausführungen und lässt Fragen zu.

Herr Teschner, Bereichsleiter Jobcenter, beantwortete zwei Anfragen aus der letzten Sitzung des Ausschusses.

Im Rahmen von AGH soll es eine Maßnahme „Schachspiel“ geben, die Nichtteilnahme solle zu Sanktionen führen. Es wurde um Aussage des Jobcenters gebeten. Herr Teschner sagte, dazu, dass es keine Maßnahme derart gebe, deren Inhalt mit Schachspiel zu tun habe. Diese wurden und würden auch nicht gefördert werden. Ausgeschlossen sei aber nicht, dass in anderen AGH, so z. B. in der Seniorenbetreuung oder in Begegnungsstätten nicht auch Schach gespielt werde. Auf die Frage, ob es bei Nichtteilnahme an der AGH zu Sanktionen führe, zitierte er aus dem § 2 des SGB II.

Betreffend des Aushangs eines Arbeitsangebotes im Jobcenter, welches das ausgewiesene Einkommen als sittenwidrig darstellt, antwortete Herr Teschner, dass es für ihn nicht ersichtlich sei, wo das Angebot im Jobcenter aushänge und ob es sich um ein durch den Arbeitgeberservice betreutes Stellenangebot handelt, oder ggf. um ein Stellenangebot, welches durch einen AG lediglich ohne Vermittlungsangebot in der Jobbörse eingestellt wurde.

Fakt sei aber, dass der Arbeitgeberservice vor Aufnahme eines Stellenangebotes entsprechend § 16 AGB II i. V. m. § 36 SGB III die Grundsätze der Vermittlung prüft. Zu prüfen ist hier möglicherweise ein sittenwidriges Gehalt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte an, ob es weitere Fragen an das Jobcenter gäbe.

Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion, bittet um Beantwortung der Frage, ob es richtig sei, dass ein Schulbusfahrer 6,50 € Stundenlohn und der Fahrer einer Umzugsfirma dagegen nur 5,50 € Stundenlohn habe.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bezieht sich auf einen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung, in dem es um eine Familie mit Drillingen in der Reilstraße geht. Hier wurde das Jobcenter kritisch benannt. Sie bat um Auskunft.

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, sagte eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, ergänzte, dass die Beantwortung der Anfragen im Januar erfolgen soll. Vorab werde aber eine Information per Mail im Dezember erfolgen.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Mitteilung über die Arbeit des Quartiermanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Oktober 2011 bis September 2012

Vorlage: V/2012/11061

Frau Kirsch, Quartiersmanagerin, und Herr Wendler, Ressortleiter Stadtplanung Dezernat II, waren zur Vorstellung der Mitteilung anwesend.

Herr Wendler, Ressortleiter Stadtplanung Dezernat II, sagte zur derzeitigen Situation im Quartiersmanagement, dass die Finanzierung für ein halbes Jahr 2013 abgesichert sei; die Freigabe der Mittel sei aber noch nicht erteilt.

Da die Zahl der Investitionen abnehme, sei die Betreuung von Maßnahmen weniger geworden. Dies wirke sich auf die Arbeit des Quartiersmanagement aus.

Letztes Jahr verfügte das Management über eine zweckgebundene Spende. Aufgrund der Haushaltssperre laufe das Quartiersmanagements bis 2013 langsam aus. Von einer Fortschreibung wurde deshalb Abstand genommen.

Frau Kirsch, Quartiersmanagement, stellte anschließend fassbare Ergebnisse aus ihrer Arbeit vor.

So wurden u. a. in zwei Fachzeitschriften die Ergebnisse der Netzwerkveranstaltungen herausgebracht. Des Weiteren werde Unterstützung bei der Organisation von eigenen Projekten wie z. B. der Mitorganisation der „LAG-Tagung“ (lokaler Aktionsplan) gegeben. Das Bundesamt für Integration plane ein Integrationsprojekt mit Frauen über 60.

Sie wies ergänzend darauf hin, dass Anträge, welche bereits bewilligt worden bzw. noch ausstehen, aus den vorgelegten Unterlagen ersichtlich sind.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat um schriftliche Information, wie viele Jugendliche der ARBAK-Jugend (AWO) vermittelt wurden. Sie äußerte sich positiv darüber, dass der Anfang des vorgelegten Berichtes sehr gut war, dann aber abflache. Woran liege das?

Herrn Schachtschneider, CDU Fraktion, fragte, ob die Parkplätze von der Haushaltssperre betroffen sind und ob für die Eingänge Süd und Nord eine Ausschreibung erfolgt ist.

Herr Wendler, Ressortleiter Stadtplanung, Dezernat II, ergänzte, dass die Freigabe vor der Haushaltssperre erteilt wurde. Die Parkplätze könnten somit vergeben werden. Die Stadthalleneingänge seien noch nicht ausgeschrieben.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE, fragte, welche Schwerpunkte es für das nächste Jahr gäbe.

Frau Kirsch, Quartiersmanagement, informierte, dass nächstes Jahr kleinere Projekte wie z. B. das „Richard-Paulick-Projekt“ und eine weitere kleinere Netzwerkarbeit angestrebt werden. Es gäbe keine finanzielle Unterstützung von Unternehmen.

zu 10.2 Information zur Prüfung der Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge durch das Landesverwaltungsamt

Herr Baus, Amtsleiter Sozialamt, informierte, dass nach § 1 Aufnahmegesetz des Landes Sachsen-Anhalt die Unterbringung unter anderem von Spätaussiedlern, Asylberechtigten, Asylbewerbern und sonstigen bleibeberechtigten Flüchtlingen in den Landkreisen und Städten liege.

Das Land habe im September 2012 die beiden Gemeinschaftsunterkünfte in Halle in der Ludwig-Wucherer-Straße und in der Wilhelm-Külz-Straße kontrolliert.

Bei der Kontrolle wurde festgestellt, dass in der Gemeinschaftsunterkunft Ludwig-Wucherer-Straße 93 Asylbewerber bzw. ehemalige Asylbewerber untergebracht sind. Diese stammen aus dem Irak, Burkina Faso, Somalia, Nigeria, Vietnam, Syrien, Afghanistan, dem Iran sowie der Russischen Föderation.

Diese Einrichtung werde rund um die Uhr durch einen Wachdienst bewacht und als Betreuer stehen 1,5 Sozialarbeiter zur Verfügung.

Die Wohnungen verfügen über eine entsprechende Grundausstattung und die Unterbringung erfolge familiengerecht. Eine Trennung nach nationalen oder ethnischen Eigenarten erfolge. Durch das Landesverwaltungsamt wurde in der Gesamteinschätzung vermerkt, dass diese Gemeinschaftsunterkunft hinsichtlich der Ordnung und der hygienischen Bedingungen einen sehr guten Eindruck mache.

Die weitere Wohnunterkunft befinde sich in der Wilhelm-Külz-Straße. Diese werde zurzeit mit 41 Personen belegt. Die größte Gruppe stellen die sonstigen Bleibeberechtigten dar. Dies sind insbesondere solche, die zurzeit nicht in ihr Heimatland zurück können. Nach Nationalitäten aufgeschlüsselt sind diese aus dem Irak, dem Iran, aus Guinea-Bissau, Vietnam, Kasachstan, Russland, der Ukraine, Slowakei, Aserbaidschan und aus Syrien. Auch in dieser Einrichtung gibt es einen Wachdienst. Es steht kein Sozialarbeiter zur Verfügung, aber eine ehemalige Bewohnerin kümmert sich um die Betreuung.

Auch zu dieser Einrichtung heißt es in der Gesamteinschätzung des Landesverwaltungsamtes, dass ein positiver Gesamteindruck vermittelt wurde. Sämtliche Wohneinheiten seien modernisiert und renoviert; insbesondere die Bäder und die Gemeinschaftsräume seien sehr sauber.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragte, wie viel Quadratmeter jedem Asylbewerber zustehen.

Herr Baus, Amtsleiter Sozialamt, antwortete, dass nach den Grundsätzen des Landes zu den Gemeinschaftsunterkünften jeder Person 5 m² als Wohnfläche zustehen. Diese Voraussetzung erfülle auch die Stadt.

Auf die weitere Frage von **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wie lange die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Heimen betrage bzw. wann eine eigenen Wohnung bezogen werden könne, sagte **Herr Baus, Amtsleiter Sozialamt**, eine schriftliche Beantwortung zu.

Auf die Anfrage von **Herrn Schachtschneider, CDU Fraktion**, was passiere, wenn die Sozialarbeiter wegfallen würden, antwortete **Herr Baus, Amtsleiter Sozialamt**, dass nicht

bekannt sei, dass diese aufhören wolle.

Frau Dr. Gröger, Amtsleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen, teilte die **Auswertung zum Stand der Befragung Defibrillatoren (AED)** mit.

So wurden im Zeitraum von Mitte August bis Mitte Oktober 133 Fragebögen versandt, davon erhielt das Gesundheitsamt bis Ende Oktober insgesamt 92 (69,2%) zurück. Bei der Auswertung wurde keine Unterteilung in medizinische und nichtmedizinische Einrichtung vorgenommen. Die Gesamtauswertung unterteilt auch nicht die Firmen und Einrichtungen nach ihrer öffentlichen Ausrichtung.

Insgesamt halten 28 Einrichtungen Defibrillatoren vor, die in den letzten 5 Jahren in vier Einrichtungen zum Teil mehrmals genutzt wurden.

In 13 Einrichtungen wird die Anschaffung eines AED geprüft bzw. eingeplant.

Auf Anfrage von **Herrn Müller, CDU Fraktion**, wies **Frau Dr. Gröger** darauf hin, dass die Beantwortung noch schriftlich zum Protokoll erfolge.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Der **Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung, Herr van Rissenbeck**, gab eine schriftliche Beantwortung zur Anfrage aus der letzten Sitzung des SGGA von **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**,: „Was machen die Frauen und Männer in den blauen Anzügen von der EfA?“. Die Beantwortung liegt allen anwesenden Ausschussmitgliedern vor.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, hatte Fragen zur Ausländerbeiratswahl. Es wurden Anfragen von Personen der juristischen Wirtschaftsfakultät an sie herangetragen, so auch, dass der zuständige Mitarbeiter, Herr Bettzüge, telefonisch für Nachfragen nicht erreichbar sei. Die Vorstellung der Kandidaten haben wenige als Information aufgenommen, die Öffentlichkeitsarbeit wird hier als problematisch betrachtet.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, informierte, dass sich die Kandidaten in einer öffentlichen Wahlveranstaltung vorgestellt haben.

Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II, nahm die Punkte, wie Erreichbarkeit des Herrn Bettzüge, öffentliche Zulassung der Kandidatinnen und Kandidaten, Veröffentlichung im Amtsblatt und öffentliche Vorstellung der Bewerber zur Klärung auf. Sie wird diese an Frau Schneutzer weiterleiten.

Herrn Müller, CDU Fraktion, fragte, wie viel Geld der Ausländerbeirat für die Wahl erhalten habe.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, antwortete, dass für die Arbeit des Ausländerbeirats in 2012 5.000 Euro zur Verfügung gestellt wurden.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Stand der Fördermittelausreichung.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informierte, dass die Zahlung für Pflichtleistungen quartalsweise erfolge. Für dieses Quartal sei die Zahlung noch nicht erfolgt, werde aber noch kommen. Für freiwillige Leistungen liegt der Freigabeantrag über 90 000 Euro in der Kämmererei zur Bearbeitung vor. Sie sicherte zu, den Stand der Auszahlung Fördermittel als Anlage zum Protokoll beizufügen.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, sagte zur Ausreichung der Fördermittel im Bereich Gleichstellung, dass diese entsprechend der Empfehlung des Ausschusses vom 11.10.2012 (Vorlage V/2012/10728) bereits vom Finanzbeigeordneten freigegeben wurden und entsprechend der daraufhin erteilten Bescheide ausgezahlt wurden bzw. werden. Sie sind nicht von der Haushaltssperre vom 22.10.2012 betroffen.

Herr Baus, Amtsleiter Sozialamt, kann auf die mündliche Anfrage von **Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU Fraktion**, zurück, die diese im letzten Ausschuss gestellt habe, ob etwas über den Clochard bei der Rolltreppe bekannt sei. Er habe sich erkundigt, aber die Nachforschungen hätten keinen Erfolg gehabt.

zu 12 Anregungen

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte an, und dabei verwies sie auf den § 2 Abs. 2 der GO, „dass in der Regel“ Informationen schriftlich einzureichen sind.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, regte in Vorbereitung des SGGA an, das Projekt „Schlesisches Konvikt – Lebenstraum“, die Vorstellung des Trägers im Frühjahr 2013 vorzunehmen und dies im Themenjahr des SGGA entsprechend zu berücksichtigen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 11.01.13

Tobias Kogge
Beigeordneter

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

gez. Heidrun Lindner

Heidrun Lindner
Protokollführerin